D1 Für eine neue Brandmauer zur AfD und zu denen, die mit ihr kooperieren

Antragsteller*in: Philipp Schmagold (KV Plön)
Tagesordnungspunkt: 7 Verschiedenes

Antragstext

Nach der Kooperation der CDU und FDP in Thüringen mit der AfD stellen wir, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein, klar: Die AfD ist geprägt durch rechtextremistische Haltungen, jedes Zusammenwirken mit ihr ist für demokratische Parteien ausgeschlossen. Dies umfasst auch Abstimmungen, die ohne die Unterstützung der Rechtsextremen keine Mehrheit fänden.

Für eine neue Brandmauer zur AfD und zu denen, die mit ihr kooperieren

Wir, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein, werden die Zusammenarbeit mit jeder politischen Partei einstellen, die mit der AfD kooperiert. Wir ziehen eine neue Brandmauer zur AfD und zu denen, die mit ihr kooperieren.

Für die Eröffnung eines Verbotsverfahrens gegen die AfD

Wir bitten zudem die Landesregierung Schleswig-Holstein darum, im Bundesrat die Prüfung eines Verbots der AfD beim zuständigen Bundesverfassungsgericht zu beantragen.

Begründung

Es ist Zeit für eine neue Brandmauer zur AfD und zu denen, die mit ihr kooperieren. Zudem wird es Zeit für die Prüfung eines Verbotsverfahrens gegen die AfD.

Damit unsere Delegierten entweder keine, eine oder beide der beiden oben genannten Positionen unterstützen können, wird hiermit beantragt, über den zweiten und über den dritten Absatz getrennt abzustimmen. Sollten nicht beide Absätze eine Mehrheit finden, so ist der Antragstitel entsprechend anzupassen, er umfasst bisher noch beide Forderungen.

Die Dringlichkeit ergibt sich daraus, dass der Beschluss in Thüringen von CDU, FDP und AfD nach dem regulären Antragsschluss lag.